

Michael Weigand

Die Diskussion über die deutsch-polnische
Grenze im Wiedervereinigungsprozess
1989/90

Magisterarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2004 GRIN Verlag
ISBN: 9783640855285

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/168319>

Michael Weigand

**Die Diskussion über die deutsch-polnische Grenze im
Wiedervereinigungsprozess 1989/90**

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Die Diskussion über die deutsch-polnische Grenze im Wiedervereinigungsprozess 1989/90

von

Michael Weigand

**Mönchengladbach, im September 2004
(überarbeitet Februar 2011)**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Einleitung	7
2. Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie im Zweiten Weltkrieg	13
2.1 Atlantik-Charta - Teheran - Jalta	13
2.2 Die Konferenz von Potsdam im Sommer 1945	17
3. Die deutsch-polnische Grenze im Zeichen des „Oder-Neiße-Konflikts“	20
3.1 Nach dem Krieg: Grenzrevision? - Görlitzer Vertrag - Charta der Heimatvertriebenen	20
3.2 Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970	24
4. Die theoretische Phase	28
4.1 Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen im Juli 1989	28
4.2 Zwischen 50. Jahrestag des Kriegsbeginns und UNO-Vollversammlung: Positionen - Äußerungen - Standpunkte	29
4.3 Die Entschließung des Bundestages vom 8. November 1989	33
4.4 Helmut Kohl in Polen: Die erhoffte Wende im deutsch-polnischen Verhältnis?	34
4.5 Bewertung	36
5. Exkurs: Die Positionierung der anderen betroffenen Nationen	38
5.1 Frankreich: Europäische Integration	38
5.2 Großbritannien: Skeptische Abneigung	41
5.3 Die Vereinigten Staaten von Amerika: Verlässliche Partnerschaft	44
5.4 Sowjetunion: Stetige Annäherung	46
5.5 Das Deutschlandbild Polens im Jahre 1989	50
6. Die präventive Phase	55
6.1 Das Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls am 28. November 1989	55
6.2 Der fehlende „elfte Punkt“ und die neue Qualität der Diskussion	57
6.2.1 Die innerdeutschen Reaktionen	57
6.2.2 Die internationalen Reaktionen	59
6.2.3 Bewertung	62

6.3 Die innenpolitischen Forderungen nach den Äußerungen Rita Süßmuths am 29. Dezember 1989	64
6.4 Außenpolitische Annäherungen	67
6.5 Die Idee der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Ottawa	70
6.6 Polnische Verhandlungsoffensive	72
6.7 „Internationale Druckkulisser“ – Streit innerhalb der Regierung: Der Höhepunkt der Grenzdiskussion	76
6.7.1 Helmut Kohl zu Gast bei George Bush in Camp David	76
6.7.2 Frankreich revitalisiert historische Bindung zu Polen	77
6.7.3 Scheitert die Koalition?	79
6.7.4 Die Argumente der Vertriebenen	84
6.7.5 Die Bundestagsresolution vom 8. März 1990	86
6.8 Bewertung	86
7. Die kontroverse Phase	89
7.1 Frankreichs missglückte Anwaltschaft für Polen – amerikanischer Beistand für die Bundesrepublik	89
7.2 Offensive der DDR-Regierung	93
7.3 Feindselige Töne aus Warschau	94
7.4 Freundschaftliche Worte Weizsäckers und neuer polnischer Pragmatismus	95
7.5 Trilaterale Verhandlungen zwischen Bundesrepublik, DDR und Polen	96
7.6 Die Gleichlautende Erklärung von Bundestag und Volkskammer	100
7.6.1 Innerparteiliche Debatte in der Union	100
7.6.2 Die Gleichlautende Erklärung vom 21. Juni 1990	102
7.7 Bewertung	104
8. Die konstituierende Phase	107
8.1 Polnische Reaktion auf Gleichlautende Erklärung	107
8.2 Der letzte deutsch-polnische Disput zur Grenzfrage: Ein Junktim zwischen Grenzvertrag und deutscher Souveränität?	108
8.3 Der Durchbruch in Paris am 17. Juli 1990	112
8.4 Der abschließende Vertrag von Moskau vom 12. September 1990	114

9. Der deutsch-polnische Grenzvertrag vom 14. November 1990	116
9.1 Streit über die Reihenfolge der Verträge	116
9.2 Konsens und Unterzeichnung des Grenzvertrages	117
10. Ausblick: Der Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrag	119
11. Ergebnisse der Untersuchung	121
12. Anhang: Dokumente zur Grenzfrage	129
13. Literaturangaben	161

Vorwort

Die vorliegende Abhandlung beinhaltet die Diskussion über die deutsch-polnische Grenze im Wiedervereinigungsprozess 1989/90 als Magisterarbeit an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Diese Thematik ist die logische Symbiose der Schwerpunkte meines Studiums, welche zum einen die Vertreibung der Deutschen aus den früheren deutschen Ostgebieten, zum anderen der Wiedervereinigungsprozess 1989/90 darstellten. Somit wird der Leser in dieser Arbeit mit einer recht antithetischen Themenverknüpfung konfrontiert, zumindest hinsichtlich der Wahrnehmung der betroffenen Personengruppen. Einerseits wird der allseits glücklich empfundene Prozess der Wiedervereinigung unseres Volkes Basis der beschriebenen Entwicklung in der Diskussion sein. Andererseits stehen auch das Leid der Vertriebenen und das daraus resultierende kollektive Trauma der ostdeutschen Volksgruppen im Mittelpunkt, welches auch mehr als vierzig Jahre nach den erlebten Gräueltaten immer noch Handlungsgrundlage war. Diese interessante Konstellation, sowie meine familiäre Disposition, ließ mich zu dem Schluss kommen, dass dieses Thema einer aufschlussreichen Analyse bedarf.

Als Magisterarbeit schließt die vorliegende Analyse mein Studium ab, weshalb ich an dieser Stelle einige Worte des Dankes platzieren möchte. Ich nenne dabei als erstes meine Eltern, und insbesondere meine Mutter, welche mir neben einer finanziellen Basis für das Studium auch die menschliche Wärme und Geborgenheit gab, um dieses Studium als meinen beruflichen Wunschtraum sorgenfrei absolvieren zu können. Des Weiteren gilt mein Dank meiner Freundin Aline, die mir bei sämtlichen Teilbereichen des Studienabschlusses Inspiration und Energiequelle war, sowie meinen engsten Freunden Bernhard, Andreas und Ronnie für die enge freundschaftliche Begleitung während des Studiums. Meinem Freund Bernhard gilt darüber hinaus der Dank für die fachlich kompetente Beratung bei meiner Magisterarbeit. Meiner Großmutter Traute Tauchert, die während des Erstellens meiner Arbeit verstarb, gilt ein Dank für bewegende Berichte aus ihrer Heimat Ostpreußen. Herrn Bernd Dieckmann danke ich an dieser Stelle für das Abtreten seiner Zeitungssammlung zur Wiedervereinigung, die mir viel Arbeit im Zeitungsarchiv erspart hat. Schließlich möchte ich diejenigen erwähnen, die mein Studium entscheidend prägten, also meinen Lehrer Christian Tiedemann, Herrn Prof. Dr. Hans Süßmuth, Herrn Prof. Dr. Christoph Weber und Herrn Prof. Dr. Christoph Nonn.

Herausstellen möchte ich allerdings den Dank an meinen ebenfalls während der Magisterarbeit verstorbenen Großvater Walter Tauchert, welcher mir schon weit vor der

Schulzeit das Interesse an der Geschichte mit auf den Weg gab. Das Wissen, die Kultur und die Erlebnisse seiner Familie und seines Lebens konnte er mir schon von Kindesbein an vermitteln. Er fand in mir einen immer interessierten Zuhörer und einen ewigen Bewahrer seiner Erinnerungen. Mein Großvater wurde in Schlochau/Westpreußen geboren, im Jahre 1945 von der heranrückenden Roten Armee vertrieben und fand in Wickrath am Niederrhein eine neue Heimat.

Mönchengladbach, im September 2004

Michael Weigand

1. Einleitung

„Nichts ist endgültig geregelt, was nicht gerecht geregelt ist“

(Abraham Lincoln)

Diesen Leitsatz des 16. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zitierten die Vertriebenenverbände in diversen Publikationen der Nachkriegszeit, wenn sie rechtfertigen wollten, warum sie noch immer eine Notwendigkeit für die Wiedereingliederung ihrer Heimatgebiete östlich von Oder und Neiße sahen. Der in ihren Augen ungerechte Status Quo der deutsch-polnischen Grenze ließ die Vertriebenen bis in die 80er Jahre hinein darauf hoffen, doch nicht durch den Heimatverlust die großen Verlierer des Zweiten Weltkriegs in Deutschland zu bleiben. Die immer größer werdende Distanz zur politischen Realität war dabei spätestens seit dem Warschauer Vertrag Anfang der 70er Jahre offensichtlich. Eine Lösung der Grenzfrage, die auch für die Vertriebenen akzeptabel erschien, wurde immer unwahrscheinlicher. Da sie insgesamt die am stärksten betroffene Personengruppe der Grenzfrage waren und zugleich auch den hartnäckigsten Widerstand gegen eine endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze offenbarten, wird ihnen ein größeres Augenmerk gewidmet als in den meisten anderen Schriften zum Wiedervereinigungsprozess üblich.

Die Vertreibung als eines der schlimmsten menschlichen Schicksale im Kontext des Zweiten Weltkrieges lag Ende der 80er Jahre bereits mehr als vierzig Jahre zurück. Der Ostblock litt zunehmend unter einer wirtschaftlichen Instabilität und die Ideen Michail Gorbatschows von Perestroika und Glasnost begannen, sich auch in Mitteleuropa durchzusetzen, als die Diskussion über die deutsch-polnische Grenze in Deutschland neu entfacht wurde. Zurück lag zu diesem Zeitpunkt bereits ein jahrelanger Kampf der Vertriebenen um das Recht auf eine Rückkehr in die angestammte Heimat. Anfangs wurde dieser Kampf von der Bundesregierung noch energisch unterstützt, später fand sich der westdeutsche Teilstaat im Zuge der Neuen Ostpolitik mit der bestehenden Situation ab, ohne sie rechtswirksam und endgültig anzuerkennen. Auf dieses Provisorium bezogen sich die Gruppen in der Bundesrepublik, die bei der Neuordnung Deutschlands durch den inneren Zusammenbruch der DDR auf die Rechtskontinuität des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 setzten und die politisch umstrittene Wiedereingliederung Hinterpommerns, Ostbrandenburgs, Schlesiens und Ostpreußens forderten.

Die vorliegende Arbeit behandelt folglich die Diskussion um die deutsch-polnische Grenze im Wiedervereinigungsprozess. Als ein Aspekt der äußeren Vereinigung

Deutschlands wurde die Grenzfrage mitnichten nur auf der Zwei-plus-Vier-Ebene diskutiert. Vielmehr begann sie bereits in der zweiten Jahreshälfte 1989 in Deutschland durch den eingeforderten Anspruch des konservativen Lagers, die Rechtskontinuität auch angesichts der drohenden Implosion der DDR nicht anzutasten und somit die Gebiete östlich von Oder und Neiße grundsätzlich als Teil Deutschlands anzusehen. Durch die fehlende Erwähnung im Zehn-Punkte-Programm Helmut Kohls erhielt die Grenzfrage auch internationale Bedeutung. Mit unterschiedlicher Vehemenz forderten sämtliche betroffenen Staaten die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik. Dieser Forderung entsprach Helmut Kohl. Allerdings beschränkte er die Anerkennung auf den westdeutschen Teilstaat und war darauf bedacht, eine verbindliche Aussage für einen später einzusetzenden gesamtdeutschen Souverän zu vermeiden. Die daran anschließende Diskussion innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik gehörte zu den entscheidenden Fragen auf dem Weg zur deutschen Einheit. Bis zur endgültigen Lösung durch die bilateralen Verträge mit Polen nach der Wiedervereinigung führte sie zu teils heftigen Kontroversen, bei denen neben der bundesdeutschen Regierung auch alte zwischenstaatliche Freundschaften und sogar die gesamte Wiedervereinigung in Frage gestellt wurden. Deshalb ist die Analyse der Grenzdiskussion unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten notwendig.

Aufgrund der historischen Argumentationsweise der Verfechter der Grenzkontinuität von 1937, aber auch wegen der immensen Bedeutung der Vorgänge der Nachkriegszeit für die Grenzdiskussion im Wiedervereinigungsprozess, beginnt die Abhandlung mit einem breiten vorgeschichtlichen Ansatz. Im weiteren Verlauf erfolgt eine strikt chronologische Darstellung des Disputes, die stets im Kontext der gesamten außenpolitischen Lage steht. Ein kurzer Exkurs bezüglich der Haltung der wichtigsten beteiligten außerdeutschen Staaten soll die Einordnung der Standpunkte besser verdeutlichen und das Handeln im weiteren Diskussionsverlauf erklären. Den Kern der Abhandlung stellen die eigentliche Diskussion mit ihrem innen- und außenpolitischen Höhepunkt im März 1990 und die endgültige Entscheidung im Sommer 1990 dar. Ein Ausblick auf die nur noch formal abzuschließenden Verträge zur endgültigen Fixierung der Ergebnisse schließt die Abhandlung ab.

Erster zentraler Gegenstand der Analyse ist dabei die Terminierung des genauen Beginns der Grenzdiskussion. In der Literatur wird diese Frage ungewöhnlich divergierend beantwortet. Neben den Äußerungen Theodor Waigels auf dem Schlesiertag am 1. Juli 1989 gelten auch das Grußwort Richard von Weizsäckers zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns am

1. September 1989, die Festlegung Hans-Dietrich Genschers auf der UNO-Vollversammlung am 27. September 1989, die Polenreise Helmut Kohls Mitte November 1989 und der fehlende elfte Punkt in Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm am 28. November 1989 als mögliche Initiierung der Grenzdiskussion. Es wird eruiert, welche Ansätze tatsächlich wissenschaftlich tragbar sind.

Zweitens wird eine Strukturierung der gesamten Diskussion vorgenommen. Eine Einteilung in Phasen und eine schlagwortartige Benennung jedes Abschnitts des Disputs macht das gefundene Ergebnis anschaulich und nachvollziehbar. Dabei wird der Ansatz *Artur Hajnicz*s präzisiert, der als erster eine solche Phaseneinteilung vorgenommen hat, diese aber nur auf das bilaterale deutsch-polnische Verhältnis beschränkte. Die Grenzdiskussion bezog sich allerdings auf weit mehr als nur die deutsch-polnische Verständigung, weshalb die vorgenommene Phaseneinteilung sämtliche Komponenten beinhaltet, insbesondere die innerdeutschen und die internationalen Aspekte. Dementsprechend ist die Phaseneinteilung konkreter und umfassender als bei *Hajnicz*. Innerhalb der verschiedenen Phasen werden die gefundenen Höhepunkte der Grenzdiskussion charakterisiert und die gesamte Diskussion somit strukturiert. Die Funktion der einzelnen Phasen für die Gesamtdiskussion spielt hierbei eine zentrale Rolle.

Drittens werden die handelnden Gruppen, Staaten und Personen analysiert. Es wird erörtert, was sie zu ihrer Haltung motivierte, wie ihre Standpunkte zu erklären sind, wessen Handlungsschema sich im Endeffekt durchsetzte und welche Vorgehensweisen scheiterten. Im Zusammenhang mit der Phaseneinteilung lassen die Ergebnisse dieses Analysegegenstandes die Bedeutung der Grenzdiskussion für die Tagespolitik erkennen. Ein besonderes Augenmerk wird auf die innenpolitische Situation gelegt. Schon früh positionierten sich die Vertriebenenverbände, die CSU und der konservative Flügel der CDU auf der einen Seite, sowie die FDP und beide Oppositionsparteien auf der anderen Seite der Diskussion. Der Großteil der CDU um Bundeskanzler Helmut Kohl blieb nur die Rolle des Vermittlers. Es wird demonstriert, wie diese Frontenbildung zwischen den beiden extremen Positionen zu einer Zerreißprobe für die CDU und für die bundesdeutsche Regierung wurde. Die Analyse zentriert demnach eher die Funktion der CDU und das Auftreten der Gegner der Grenzankennung. Das Lager der Befürworter weist zum einen im Gegensatz zu den Gegnern logischerweise eine stabile und konstante Argumentationsstruktur vor. Zum anderen spielt es mit Ausnahme der Regierungspartei FDP – welche ebenfalls dementsprechend zentral untersucht wird – keine entscheidende Rolle für die Ergebnisfindung der Grenzfrage.

Schließlich sollen viertens auch mögliche Alternativen zur endgültigen Grenzanerkennung aufgezeigt werden. *Hanns-Jürgen Küsters'* These vom 6. Juli 1998 aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, es hätte zur endgültigen Grenzanerkennung keine Alternative gegeben, wird überprüft. In diesem Kontext werden die präsentierten Alternativen der Gegner einer Grenzanerkennung vorgestellt. Diese Pläne der Vertriebenen werden auf ihre Umsetzungsfähigkeit geprüft, womit die Arbeitshypothese Küsters im Endeffekt verifiziert oder falsifiziert werden wird.

Da das Thema dem Bereich der Zeitgeschichte entstammt und erst wenige Jahre zurückliegt, ist bis dato die auf Grundlage des Aktenbestandes veröffentlichte Sekundärliteratur nur spärlich vorhanden. Das einzig grundlegende Werk zu sämtlichen außenpolitischen Aspekten der Wiedervereinigung ist das im Rahmen der Viererreihe zur Geschichte der deutschen Einheit verfasste Buch *Werner Weidenfelds*, „Außenpolitik für die deutsche Einheit“. Im Kapitel „Die größten Hürden“ befasst sich *Weidenfeld* ausführlich mit der Grenzfrage, setzt allerdings andere Schwerpunkte als diese Abhandlung fest, und bettet das Thema eher in den Kontext der Wiedervereinigung ein, als in den Kontext der gesamten Grenzdiskussion seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Abhandlung „Polen und die deutsche Frage“ von *Michael Ludwig* betrachtet die Grenzdiskussion aus polnischer Sicht. *Ludwig* stellt sie in den Kontext der polnischen Deutschlandpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg und veranschaulicht die Entwicklung der Grenzfrage in den Augen der jeweiligen polnischen Regierung. Die Querverweise auf die polnische Öffentlichkeit veranschaulichen dabei die Haltung der Bevölkerung in Polen. Die Vorgeschichte der Grenzfrage analysiert *Hans Georg Lehmann* in „Der Oder-Neiße-Konflikt“ grundlegend. *Lehmann* erkennt in seinem Buch die Grenzfrage als Problem der Nachkriegszeit. Diese Arbeit stellt thematisch den Anschluss an seine Untersuchungsergebnisse dar, welche 1979 enden.

Aufgrund der fehlenden zeitlichen Distanz des Themas spielen bei der Analyse besonders die publizierten Erinnerungen der direkt beteiligten Personen eine zentrale Rolle. Das Werk *Helmut Kohls*, „Ich wollte Deutschlands Einheit“, im Zusammenhang mit der tagebuchartigen Niederschrift seines Chefberaters *Horst Teltschik*, „329 Tage“, verdeutlicht die Handlungsmotive des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und der Bundesrepublik Deutschland. Schrittweise erörtern diese Werke neben sämtlichen weiteren Aspekten der deutschen Einheit auch die Grenzfrage und spiegeln oft die Entscheidungsgrundlage wieder. Dies korrespondiert mit der Zusammenstellung *Richard Kiesslers* und *Frank Elbes*, „Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit“, welche die außenpolitischen Aspekte aus Sicht

des Außenministeriums darstellt. Der oben bereits zitierte *Artur Hajnicz* zeigt in seinen Memoiren „Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989 – 1992“ interessante Parallelen zu den Erkenntnissen *Michael Ludwigs*, widerspricht dessen Darstellung aber zum Teil und steht den zeitgleichen Aussagen in den Aufzeichnungen *Kohls* und *Teltschiks* oftmals kontrovers gegenüber. Die Niederschriften der direkt am Prozess involvierten Personen werden mit der nötigen Distanz untersucht. Die Aussagen werden dabei mit anderen Quellen verglichen, gegengeprüft und auf ihre Glaubhaftigkeit überprüft.

Aufgrund dieser recht dürftigen Literaturgrundlage werden auch zwei instruktive juristische Abhandlungen zu einer Basis der Analyse, nämlich „Die deutsch-polnische Grenze nach der Friedensregelung des Zwei-plus-Vier-Vertrages“ von *Bernhard Kempen* und „Souveränität für Deutschland. Grundlage, Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990“ von *Christoph-Matthias Brand*. Beide Werke zeichnen sich durch eine geschichtswissenschaftlich prononcierte Aufarbeitung der Grenzdiskussion aus. Der umfassende Anhang von *Brands* Buch und die Quellensammlung „Materialien zu Deutschlandfragen 1989-91“ der Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen dient als Möglichkeit zur Quellenaufarbeitung einzelner Dokumente der Grenzdiskussion.

Schließlich bildet auch die Analyse der zeitgenössischen Zeitungen eine entscheidende Grundlage der Arbeit. Besonderes Augenmerk wird auf die beiden großen deutschen Tageszeitungen, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung*, gelegt. Ferner wurden auch Artikel aus der Wochenzeitung *DIE ZEIT*, weiteren, regionalen Tageszeitungen und großen ausländischen Tageszeitungen, wie z.B. *Le Monde*, herangezogen. Für den Gewinn wissenschaftlicher Aussagen wird neben dem Inhalt der Artikel auch eine quantitative Analyse vollzogen. Das heißt, die Frequenz von Artikeln über die Grenzdiskussion und die Platzierung innerhalb der jeweiligen Zeitungsausgabe wird bei der Einordnung der Debatte eine Rolle spielen.

Da der Wiedervereinigungsprozess noch nicht lange zurückliegt, steht die Öffnung des relevanten Aktenmaterials für die Wissenschaft noch aus. Deshalb werden die nächsten Jahre sicherlich weitere Publikationen hervorbringen, die möglicherweise derzeit gefundene Ergebnisse revidieren werden. Auch bezüglich der Grenzfrage ergeben sich zurzeit immer noch einige Lücken, die erst durch das Archivmaterial geschlossen werden können. Aufgrund der Vergleichsmöglichkeiten, insbesondere der zeitgenössischen Quellen, sind die bisher eruierten Ergebnisse allerdings schon als recht sicher und präzise zu bewerten.

Schließlich muss noch auf die Wahl einzelner Begrifflichkeiten hingewiesen werden. In der Arbeit wird die Bezeichnung „deutsch-polnische Grenze“ gewählt, da die Begrifflichkeiten „deutsche Ostgrenze“ oder „polnische Westgrenze“ Irritationen aufgrund historischer Parallelen auslösen könnten. Ein Befürworter der Grenzen von 1937 z.B. versteht in der „deutsch-polnischen Grenze“ die gesamte Grenze beider Staaten, egal, wo sie verläuft. Zur „polnischen Westgrenze“ zählt er aber nur die Grenze zwischen Polen auf der einen Seite und Pommern, Ostbrandenburg und Schlesien auf der anderen Seite. Um eine Wertung zu vermeiden, bleibt die Arbeit bei der neutralen Bezeichnung „deutsch-polnische Grenze“.

Ferner wird der Terminus „Ostdeutschland“ bei dieser Thematik nicht das Gebiet der ehemaligen DDR bezeichnen. Das historische Ostdeutschland liegt jenseits der Oder und Neiße, weshalb dieser Begriff, besonders im Zusammenhang mit der Grenzfrage, zu Missverständnissen führen kann. Das Gebiet der ehemaligen DDR wird auch als solches bezeichnet, da so eine eindeutige Zuordnung erkennbar ist und der politisch und geographisch umstrittene Terminus „Mitteldeutschland“ vermieden wird.

Der Umstand, dass die DDR nach Artikel 23 GG der Bundesrepublik beitrug, wird nicht dazu führen, dass diese Abhandlung auf den Begriff „Wiedervereinigung“ verzichtet, wie z.T. in der Literatur gefordert. Obgleich zwei Staaten nebeneinander existierten, waren sie doch durch die eingeschränkte Souveränität und die Beschränkung der Handlungsfreiheit nie mit anderen Staaten in Europa vergleichbar. Zudem verband die Bevölkerung beider Staaten eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Kultur, eine gemeinsame Geschichte und den mehrheitlich gemeinsamen Willen, in einem Land leben zu wollen. Daher handelte es sich formaljuristisch sicherlich um einen „Beitritt“, politisch und mentalitätsgeschichtlich wurden aber zwei voneinander getrennte deutsche Staaten zusammengefügt.

Schließlich unterscheidet diese Abhandlung grundsätzlich zwischen den Begriffen „Bundesrepublik Deutschland“ und „Deutschland“. Mit „Bundesrepublik Deutschland“ wird der Staat der zehn west-deutschen Länder plus Berlin bis zum 3. Oktober 1990 umschrieben. Mit „Deutschland“ wird in dieser Arbeit der wiedervereinigte Staat aller sechzehn Bundesländer benannt. Diese Bezeichnungen dienen der besseren Unterscheidungsmöglichkeit, obgleich formaljuristisch eine Kontinuität der Bundesrepublik Deutschland über den 3. Oktober 1990 hinaus existiert.

2. Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie im Zweiten Weltkrieg

2.1 Vertreibungsgrundlage – Atlantik-Charta – Teheran – Jalta

Die Idee, Gebiete durch Vertreibung „zu bereinigen“, welche mit verschiedenen Volksgruppen besiedelt sind, hatte erstmals 1814 Heinrich Luden, der etwaige Vorgänge allerdings als verabscheuungswürdig bezeichnete.¹ Direkte Grundlage für die Vertreibungsvorgänge der Deutschen in Ostmitteleuropa waren daher zwei andere, zeitlich näher gelegene Vorgänge. Zum einen ist der Versailler Vertrag als Resultat des virulenten Nationalismus in Europa und die daraus resultierenden Gebietsveränderungen in Ostmitteleuropa zu nennen.² Ein zentrales Element des Nationalismus war das Streben nach ethnisch homogenen Gebieten, aus denen etwaige Minderheiten ausgewiesen, also eben vertrieben werden sollten. Der Nationalismus sah eine Gemeinschaft nur im eigenen Volk als möglich an, weshalb fremdvölkische Besiedlungsanteile in letzter Konsequenz aus den ethnisch zu homogenisierenden Gebieten entfernt werden mussten. Dadurch, dass durch den Versailler Vertrag große Teile der deutschen Ostprovinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien an Polen fielen, waren die deutschen Bewohner in diesem Kontext einer polnischen Verdrängungspolitik ausgesetzt. Der Anteil der Deutschen in diesen Gebieten nahm infolge dessen in der Zwischenkriegszeit rapide ab.³ Zum anderen führte die aggressive Ostpolitik der Nationalsozialisten besonders während des Zweiten Weltkriegs dazu, dass ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen in der Zeit nach dem Krieg nahezu unmöglich erscheinen musste. Die auf totale Dominanz der Deutschen bis hin zur Vernichtung der unterdrückten Völker ausgelegte Rassenpolitik ließ den Hass auf die Deutschen ansteigen und jegliche Grundlage für Verständigung in der Nachkriegsphase zunächst in den Hintergrund rücken.⁴

¹ Vgl. *Theodor Schieder*, „Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem“, in: Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte 8 (1960), S.1 – 16, hier: S.11.

² Vgl. *Norbert Krekler*, „Die deutsche Minderheit in Polen und die Revisionspolitik des Deutschen Reiches 1919 – 1933“, in: *Wolfgang Benz*, „Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen“, Frankfurt am Main 1995, S.16 – 32.

³ Besonders extrem war der Schwund des deutschen Bevölkerungsanteils in den Städten. Der Anteil der Deutschen sank in Bromberg/Posen von 77,5% (1910) auf 8,5% (1931), in Thorn/Westpreußen von 66% (1919) auf 4% (1931) und in Graudenz/Westpreußen von 85% (1910) auf 7,5% (1931). Vgl. *N.Krekler*, siehe (2), S.27.

⁴ Vgl. *Wolfgang Benz*, „Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939 – 1945“, in: *W.Benz*, siehe (2), S.45 – 57.